Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 68.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 25614.

Inseratenpreis Pfg. für die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Jeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden: die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamationsanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Zwangsvergleich 25% Nachlaß ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Zahlungsweise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemeinsame Anzeigen usw. bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Einsänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 157. | Dienstag den 9. Juli 1918 | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Der deutsche Gesandte Graf Mirbach in Moskau ermordet.

Börsenstreik.

Die deutschen Börsen befinden sich seit einigen Tagen in einer starken Erregung. Anlaß dazu gab ein im Hauptausschuß des Reichstags angenommener Antrag des Zentrumsabgeordneten Gröber, dem zufolge die für Aktienumsätze zu erhebende Stempelgebühr auf 6 vom Tausend erhöht werden soll gegen $^3/_{10}$ vom Tausend wie bisher. An alle deutschen Börsen ist die Parole ausgegeben worden, zum Zeichen des Protestes den Börsenverkehr bis zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs einzustellen. In Hamburg und Bremen ist diese Einstellung auch erfolgt. Man hat aber auf die Drohung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals v. Falk, „daß, wenn die Mitglieder der Wertpapierbörse bei ihrem Beschluß, den Börsenverkehr einzustellen, beharren sollten, die den Börsenkreisen angehörenden zurückgestellten Wehrpflichtigen sofort zum Heeresdienst eingezogen werden würden", die Einstellung des Börsenverkehrs rückgängig gemacht. Am 6. d. Mts. hat in Berlin eine Zusammenkunft stattgefunden, in der eine scharfe Entschließung gegen die neue Stempelgebühr gefaßt wurde. — Von einem Finanzfachmann wird uns über die Auffassung in Börsenkreisen geschrieben:

Der Laie wird die Aufregung in Börsenkreisen nicht leicht verstehen. Und doch handelt es sich für die Börse um eine Angelegenheit, die ihren Lebensnerv berührt. Der Erwerb einer Aktie im Werte von 300 %, heute annähernd der Durchschnittswert, würde nach dem Gröberschen Vorschlag 1½ % Stempelgebühren bei An- und Verkauf, also schon 3 % erfordern. Bei den Erörterungen über die Erträglichkeit dieses Satzes wurde u. a. gesagt, die Abgaben bei einem Grundstücksverkauf wären auch nicht höher. Aber dieser Vergleich ist unzutreffend. Ein Haus oder Grundstück wechselt selbst in den Großstädten durchschnittlich nur alle 15 oder 20 Jahre den Besitzer. Die Aktie ist demgegenüber ihrer ganzen Natur nach mobil. Wer ihr diese ihre wesentlichste Eigenschaft nimmt, der nimmt ihr eine der Voraussetzungen, unter denen ein großer Teil der Aktienkäufe überhaupt vor sich geht. Welche Gründe haben nun die Regierung und die über ihren Vorschlag noch hinausgehende Gruppe von Abgeordneten veranlaßt, durch eine zweifellos außerordentlich erschwerend wirkende Umsatzverteuerung die Beweglichkeit des deutschen Aktienbesitzes und damit eine der Gewinnquellen des Bankgeschäfts zu gefährden? Den äußeren Anlaß dazu mag die Tatsache geboten haben, daß unter dem Einfluß verschiedener Ursachen das Interesse für Aktien sich in den letzten Jahren außerordentlich gesteigert hat. Der Gedanke, von dem Publikum die Gefahren abzuwenden, die für die Käufer der Aktien in dem Augenblick entstehen können, wo die Kriegskonjunktur ihr Ende erreicht haben wird, erscheint naheliegend, dürfte aber doch wohl nur unwesentlich mitgesprochen haben.

Überdies hat es überhaupt sein Mißliches, heute öffentlich zu erklären, die Kurse seien zu hoch. Diesbezügliche Warnungen sind schon wiederholt in früheren Zeitpunkten des Krieges ergangen. Wer wollte auch heute, nachdem die Friedenshoffnungen so oft enttäuscht worden sind, die Prophezeiung wagen, wann die Kriegskonjunktur zu Ende sein wird? Tatsache ist auch, daß die deutsche Industrie infolge der hohen Kriegsgewinne dieser Jahre sich innerlich derartig gefestigt hat, daß nach Ansicht ruhiger Beurteiler das Aufhören der Kriegskonjunktur nicht notwendigerweise zu einem stärkeren Rückschlag ihrer Rentabilität zu führen braucht.

Sind es aber nun lediglich fiskalische Gründe, die eine Erhöhung der Sätze rechtfertigen? Wenn jemals eine Belastung des Verkehrs sich steuerpolitisch als Fehlschlag erweisen dürfte, so hier. Die Erhöhung der Sätze in dem vorgeschlagenen Umfang, nämlich das Siebzehnfache des bisherigen, wird nach der Meinung selbst der Börse fernerstehender Kreise unter keinen Umständen zu einer Erhöhung der Einnahmen, eher zu einem Rückgang führen. Man muß freilich zugeben, daß die Lebhaftigkeit der Umsätze an den deutschen Börsen in den letzten Jahren alles gesunde Maß, wenigstens nach Friedensbegriffen, hinter sich gelassen hat. Und doch hat man hierin nur das Spiegelbild der Volkswirtschaft zu sehen, wie sie sich in diesem Krieg entwickelt hat. Wenn unter dem Einfluß der ungesunden Geldflüssigkeit und der nicht minder ungesunden hohen Kriegsgewinne die Kurse heute das Vielfache des Friedensstandes erreicht haben, so hätte gerade die Volksvertretung alle Veranlassung, für die hierin liegende Indiskretion dankbar zu sein.

Die Riesengewinne, die Privatpersonen im Kriege erzielt haben, bleiben mehr oder weniger im Dunklen, fallt nicht gerade durch einen Kriminalprozeß die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird. Die Börse aber übt eine Detektivtätigkeit aus, wenn sie den hohen Kriegsgewinnen nachforscht und ihren Entdeckungen durch eine Kurssteigerung den angemessenen Ausdruck gibt. Erschwert man der Börse diese ihre Tätigkeit, so darf man sich nicht darüber täuschen, daß man damit auch aus dem unbestechlichen Spiegel der Volkswirtschaft einen Hohlspiegel macht, der das wirtschaftliche Bild verfärbt wiedergibt. Hierüber mögen vielleicht die Verwaltungen der Aktiengesellschaften erfreut sein, die heute die verzweifeltsten Anstrengungen machen müssen, um die Kurse von ihrer Höhe herunterzubringen, z. B. durch Kapitalverwässerungen, künstliche Verkäufe oder öffentliche Warnungen. Aber der Allgemeinheit geht hierdurch, wie man auch über die Frage des Börsenstempels denken mag, eine vorzügliche Informationsquelle verloren.

Ludwig Eschwege.

•

Von anderer Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei den steigenden Anforderungen des Reichs in der Kriegszeit, angesichts der von allen Leistungsfähigen zu tragenden Steuerlasten, insbesondere der Börsenverkehr, der fast mühelos den Interessenten große Einnahmen schafft, zu einer ergiebigen Steuerquelle gemacht werden müsse. In weiten Kreisen ist man der Meinung, daß gerade der Börsenverkehr seiner ganzen Natur nach gleich dem Kriegsgewinn zur Steuer herangezogen werden müsse, und man glaubt, daß der Börsenstempel, wie ihn der Hauptausschuß jetzt angenommen hat, das geeignete Mittel ist, um ohne Härten, aber mit der der Zeit angemessenen Nachhaltigkeit die Börsengewinne zu erfassen.

Diplomatische Zwischenspiele.

Kriegsgeschrei und Heuchelei.

Bern, 6. Juli.

Das „Berner Intelligenzblatt" meldet: In den letzten Tagen gingen allerlei phantastische Gerüchte um von hohen Persönlichkeiten der Mittelmächte und England, welche sich in der Schweiz begegnet seien, um über den Frieden zu sprechen.

Die Schweizer Blätter behaupten aus Ententekreisen erfahren zu haben, die Verbandsmächte würden keinen Frieden mit den Mittelmächten auf der in Brest verkündeten Grundlage schließen. Selbst wenn einzelne Mächte des Verbandes von den Mittelmächten zum Frieden gezwungen würden, könnten die anderen Mächte diese Friedensschlüsse niemals anerkennen. Deutschland habe bewiesen, daß es keine Verträge hielte, man könne also nicht mit ihm unterhandeln.

Aus Paris wird demgegenüber berichtet, daß die Mehrzahl der Politiker weiter auf Abbau der Kriegsziele drängen. Clemenceau widersetzt sich dem und versucht, die Furcht vor einer Diktatur gegen die Kammer auszuspielen, um sich ihre Ergebenheit zu sichern.

Ablehnung von Verhandlungen.

Im Unterhause erklärte Lord Robert Cecil: „Unsere Kriegsziele, waren und sind allgemein bekannt, aber wir warten vergeblich auf eine klare und unzweideutige Feststellung der Kriegsziele unserer Feinde." Bisher hat die englische Regierung, wie ausdrücklich festgestellt sei, noch niemals erklärt, ihr Zerschmetterungsprogramm aufzugeben. Clemenceau antwortet durch sein Blatt „Homme libre" auf Kühlmanns letzte Rede, das Friedensprogramm Kühlmanns wolle der Entente einen Block von 160 Millionen Menschen entgegensetzen und freie Hand im Osten. Dann könnte Deutschland auf französisches und englisches Gebiet verzichten. Kühlmann sei der Alldeutscheste der Alldeutschen!

Wilsons Geschäftsidealismus.

Das nicht gerade deutschfreundliche Amsterdamer „Handelsblad" schreibt zu Wilsons Rede am Grabe Washingtons: Wie will Wilson seinen Völkerbund mit den vier Punkten, die ihm so am Herzen liegen, zustande bringen, wenn er gleichzeitig ein großes Volk vernichten will, ihm seine Zukunft rauben, es isolieren, von der Welt abschließen, es zerbröckeln und seiner Wohlfahrtsquellen des Handels und der Industrie berauben will. Zwischen der Theorie und Praxis Wilsons ist eine tiefe Kluft, die nicht mit schönen Worten überbrückt werden kann. — Der frühere Direktor für den amerikanischen Außenhandel Dr. Pratt sagte in einer Versammlung der amerikanischen Baumwollindustriellen: „Die Vernichtung des deutschen Handels ist unser Geschäft. Der deutsche Handel muß aufhören zu bestehen."

Deutschland stärker als jemals!

In der Londoner Handelskammer sang notgedrungen der Ministerpräsident von Australien, Hughes, ein Trauerlied auf die Unterlegenheit der Entente. Er sagte u. a., die allgemeine militärische Lage habe sich durch den Zusammenbruch Rußlands sehr zuungunsten der Entente verändert. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei heute ungeheuer besser als vor dem Ausscheiden Rußlands, und die Kriegslage berge in den nächsten Wochen verhängnisvolle Möglichkeiten für die Entente in sich. „Deutschland", sagte Hughes ferner, „hat stets eine Wirtschaftspolitik befolgt, die zu jenen phänomenalen nationalen und wirtschaftlichen Fortschritten führte. Die Deutschen waren und sind bei weitem das bestorganisierte Volk der Welt. Deutschland sorgt aber nicht nur für sein wirtschaftliches, sondern auch für sein nationales Wohlergehen. England kümmert sich um keins von beiden. England besitzt kein Programm, weder ein militärisches, noch ein nationales noch ein wirtschaftliches."

Der siebente Kriegsrat in Versailles.

Der Kriegsrat der Alliierten veröffentlicht einen Bericht über seine 7. Tagung, in dem die Italiener gelobt und von diesen Englands Kolonialtruppen gepriesen werden. Sonst zählt der Bericht nur stolz die Namen der Teilnehmer auf. Über die Lage wird nur gesagt: Der oberste Kriegsrat hat die gegenwärtige Lage mit Unterstützung von General Foch und anderer militärischer Sachverständiger von allen Gesichtspunkten aus geprüft und wichtige Entscheidungen getroffen. — Das ist ein altes Lied! Bisher haben die verschiedenen Kriegsräte die Siege der Deutschen nicht verhindern können, und wenn noch so wichtige Entscheidungen getroffen worden waren.

Eine „furchtbare Belästigung".

In seiner Edingburgher Rede hatte Lloyd George ausgesprochen, daß das Unterseeboot für England keine Bedrohung mehr, aber noch eine Belästigung sei. Im „Daily Chronicle" schreibt der bekannte Marinefachmann Arthur Pollen hierzu: Der wirtschaftliche Verlust, die Verzettelung von Plänen und die unserem militärischen Vorgehen bereitete Verlegenheit, das alles sind höchst furchtbare Nachteile. Die Belästigung ist daher nach einem gewöhnlichen Ausdruck zum mindesten eine fürchterliche Belästigung und in der Tat so schlimm, daß man sich fragen muß, ob sich erwarten läßt, daß die Maßregeln, die dem Unterseeboot als einer Bedrohung ein Ende gemacht haben, ihm überhaupt den Garaus zu machen vermögen.

Graf Zeppelin.

Ein Gedenkblatt zum 8. Juli.

Am 8. Juli hätte Deutschlands unsterblicher Meister der Lüfte, Graf Ferdinand Zeppelin, seinen achtzigsten Geburtstag vollendet. Wie viele Große und Helden unseres Volkes, wie der Marschall v. d. Goltz, wie Generaloberst v. Bissing, dessen Nachfolger, Generaloberst v. Moltke, General v. Emmich und andere, hat auch ihn mitten im Weltkrieg der Tod von dieser blutgetränkten Erde abberufen.

Das Lebenswerk, das Graf Zeppelin geschaffen, hat der König der Lüfte vom Bodensee in seiner vollen Auswirkung noch während des Krieges selbst überschauen können. Sein sehnlichster Wunsch aber, den Ausgang des gewaltigen Ringens unter den Völkern miterleben zu dürfen, hat sich nicht erfüllt. Mit seiner unendlichen Liebe zum deutschen Vaterlande hat er sein heißes Sehnen, das deutsche Volk frei, stark und mächtig als Sieger über seine vielen Feinde und Neider zu sehen, mit ins Grab genommen. In uns aber und in unseren Enkelkindern und in allen nachfolgenden Generationen, die sich deutsch nennen werden, wird das Andenken an den Grafen Ferdinand Zeppelin fortleben. Der Geist dieses einzigen Mannes, „der deutschen Sonne getreuer Eckart", wie Rudolf Herzog ihn genannt hat, soll uns vorschweben in guten und namentlich in ernsten, schweren Tagen, in denen wir kämpfen um des Vaterlandes Wohl und Sicherheit.

Als der schneidige Patrouillenreiter von 1870 am Bodensee sein Werk begann, als sein Plan, die Lüfte zu bezwingen, Gestalt annahm, waren die Männer der Theorie voll Spott über den Laien, der durch die Praxis das erringen wollte, was ihren Berechnungen und wortreichen Darlegungen unmöglich erschien. Als dennoch wieder einmal die Tat stärker war als das Wort, stand Deutschland hinter dem Tatgrafen und damals erwies es, daß es das Große zu schätzen und zu lieben vermag. Seit diesen viel umjubelten Friedensfahrten sind die Luftkreuzer des schwäbischen Grafen über Lüttich und Paris und London als gewaltigste deutsche Kriegswaffen erschienen. Sie halten Wacht über der Nordsee wider England. Und bisher ist es den wortreichen Gegnern nicht gelungen, dem Werke des Grafen auch nur ähnliches entgegenzustellen.

Der achtzigste Geburtstag des Grafen Zeppelin sei uns ein Tag des Stolzes und der Dankbarkeit; denn an ihm wurde einer der größten Söhne Deutschlands geboren.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF